

# Leitplanken für einen zukunftsfesten Industriestandort Deutschland

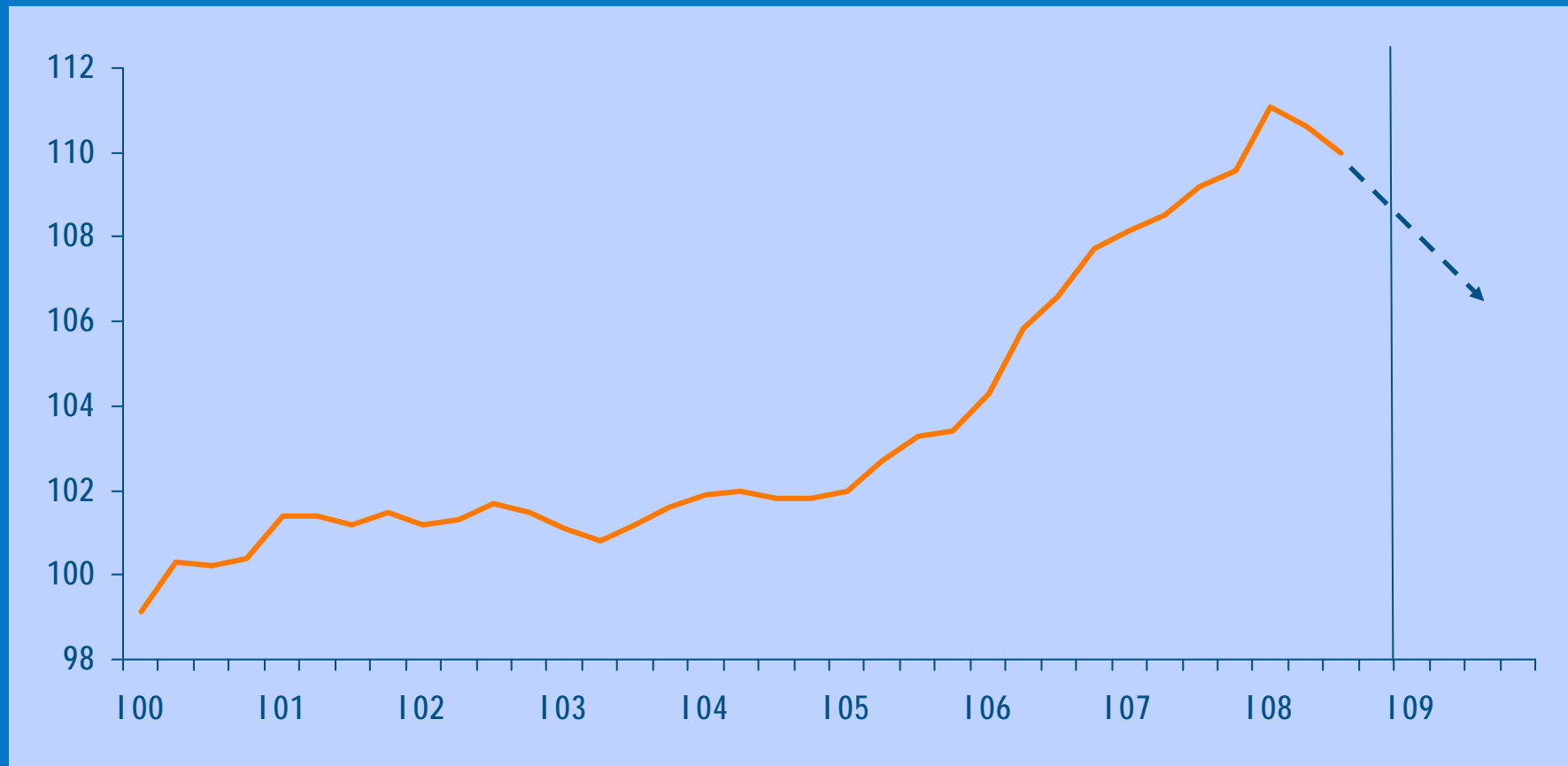
Dr. Benjamin Scharnagel

21.1.2009, IHK Koblenz

- Die wirtschaftliche Lage
- Reformen und Reformerfolge
- Was die Politik tun sollte

# Wachstumsverlauf in Deutschland

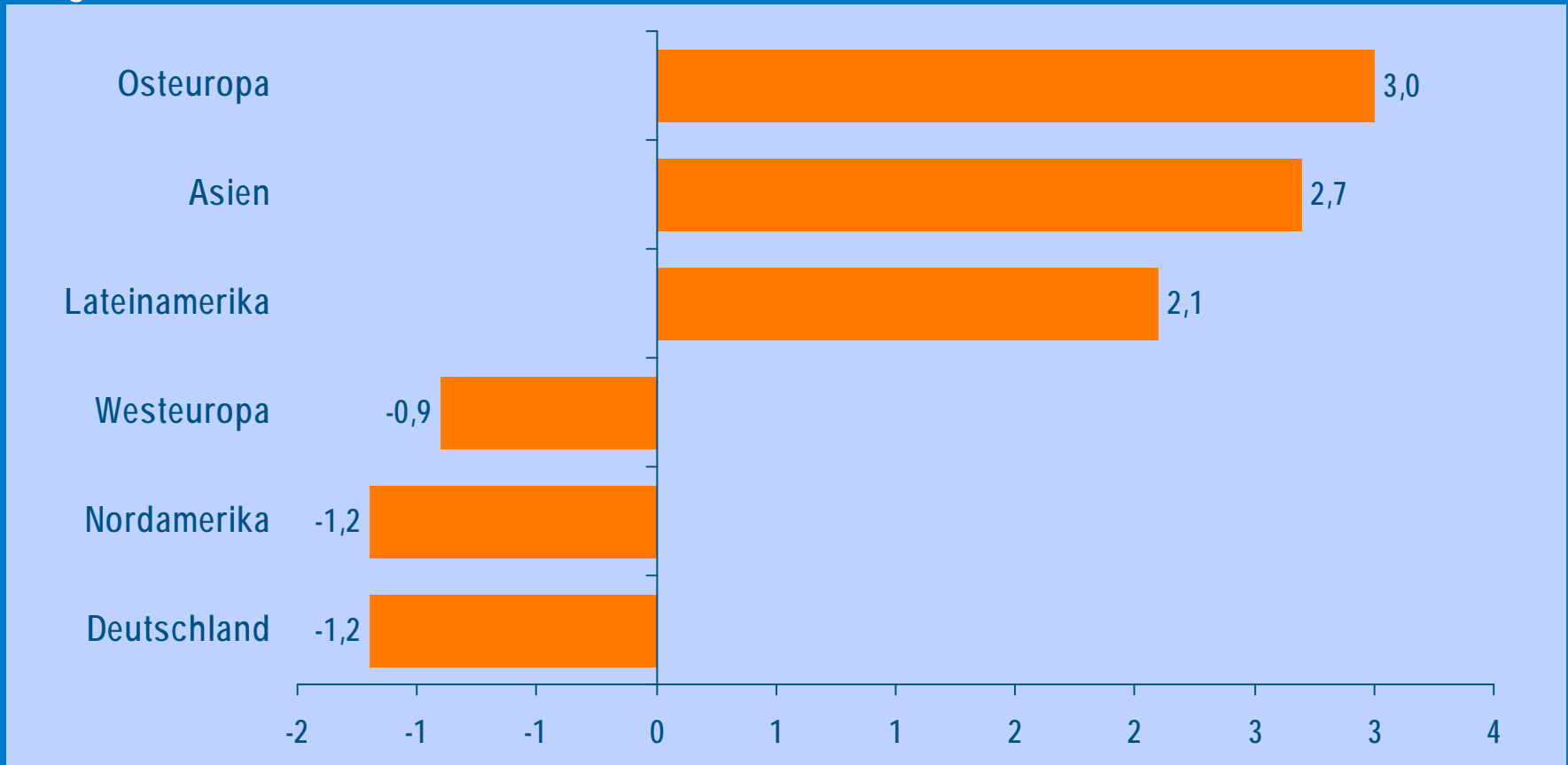
Preis-, saison- und kalenderbereinigtes Bruttoinlandsprodukt, Index Jahr 2000 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; IW Köln

# Globale Wachstumsperspektiven für 2009

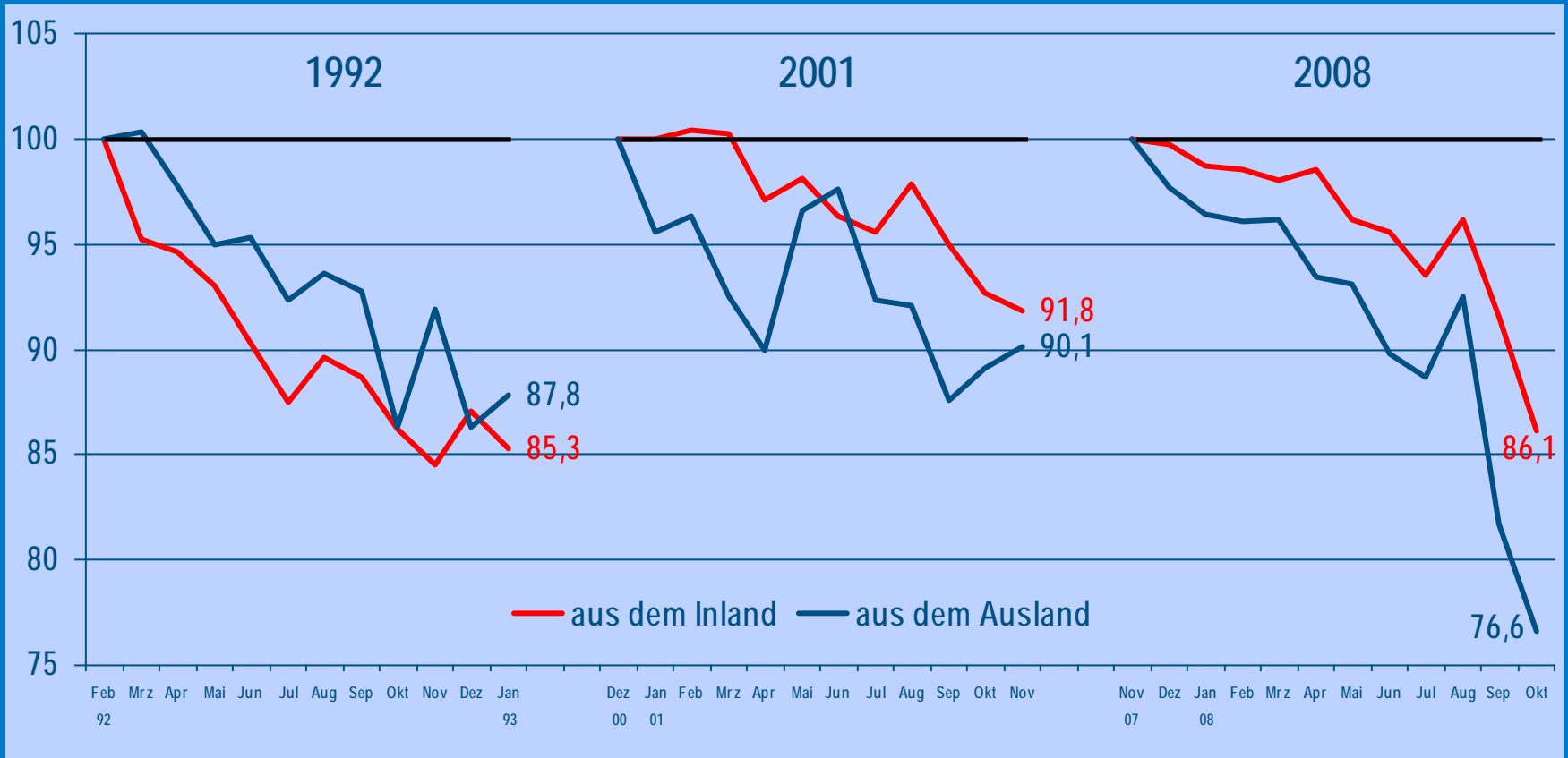
Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent;  
Prognosen Consensus Forecasts Dezember 2008



Quelle: Consensus Forecasts

# Industrie-Aufträge im Konjunkturverlauf

Realer Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen drei konjunkturellen Abschwungphasen, jeweils erster Monat = 100

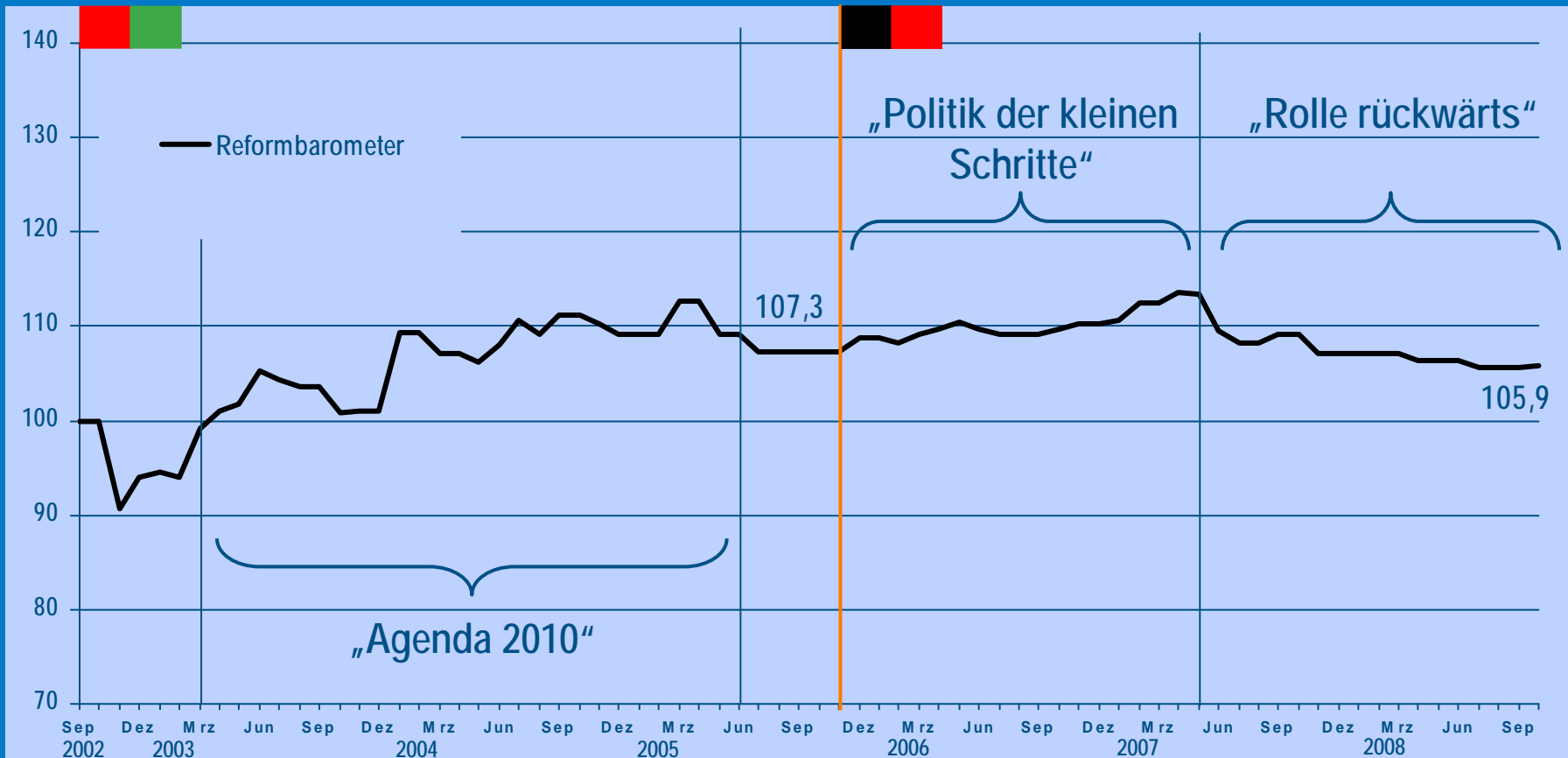


Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

- Die wirtschaftliche Lage
- Reformen und Reformerfolge
- Was die Politik tun sollte

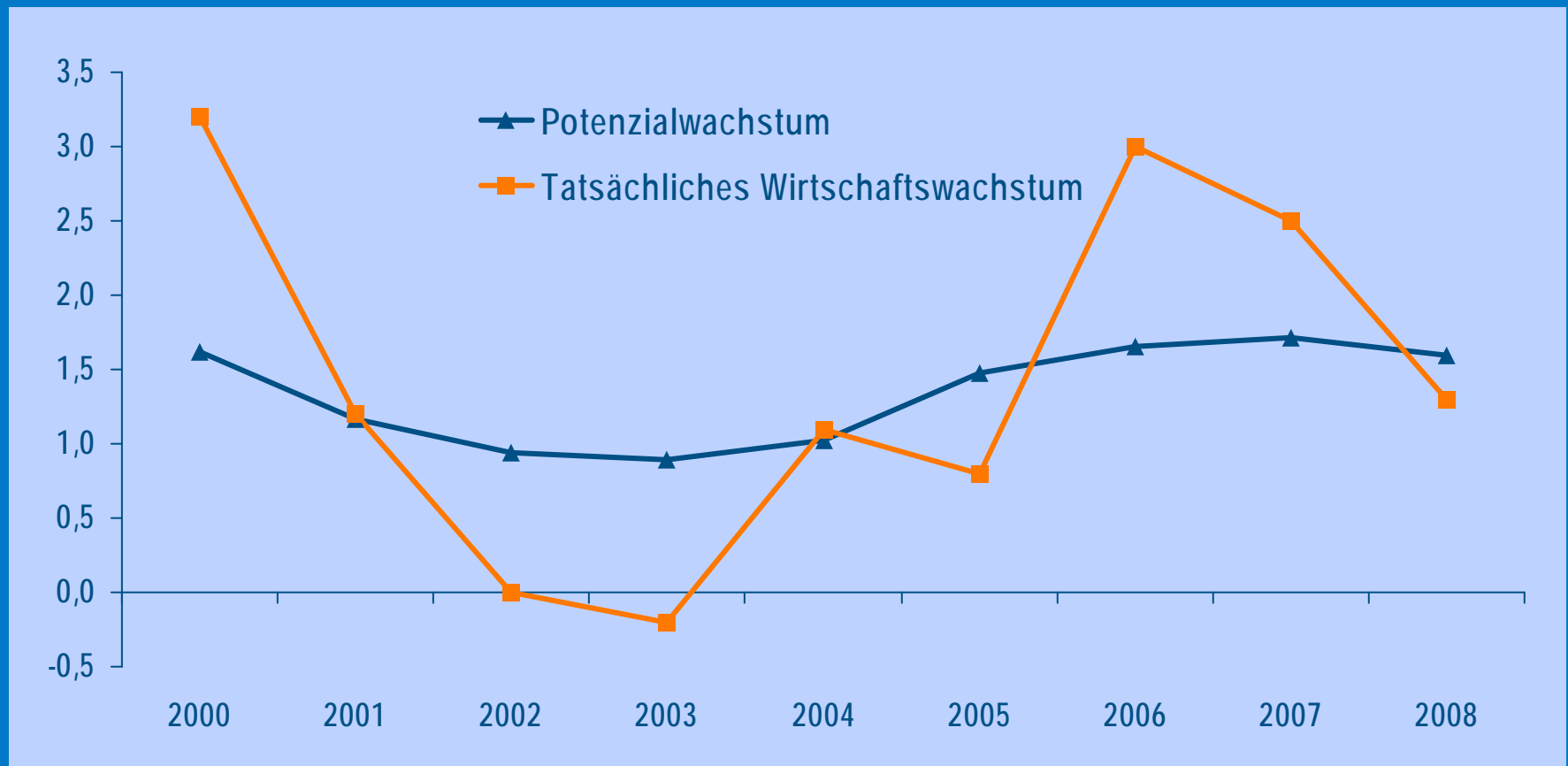
# IW-Reformbarometer

September 2002 = 100



# Konjunktur und Wachstum

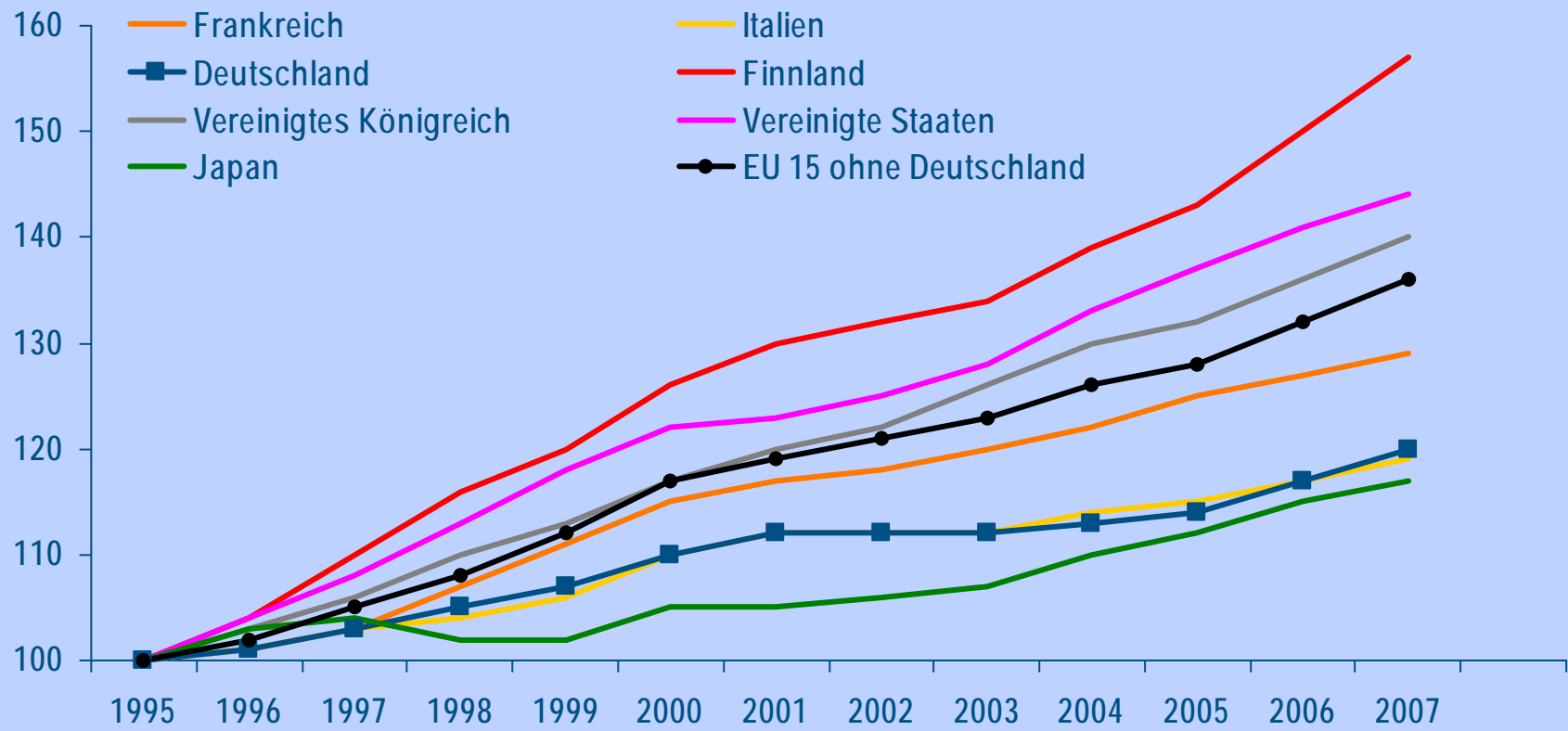
Veränderung des tatsächlichen BIP gegenüber Vorjahr und Potenzialwachstum in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; IW Köln

# Deutschland im Wachstumsvergleich

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), 1995 = 100



Quellen: Eurostat, 2008; IW Köln

- Die wirtschaftliche Lage
- Reformen und Reformerfolge
- **Was die Politik tun sollte**

# Hausgemachte Probleme

- Starres Arbeitsrecht und strukturelle Arbeitslosigkeit
- Keine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Kranken- und Pflegeversicherung)
- Ineffizientes und unübersichtliches Steuersystem mit hohen Tarifen und zunehmender Substanzbesteuerung
- Staatsverschuldung und Nachhaltigkeitslücke
- Überbordende Bürokratie
- Unklare Energiepolitik

# Die zentralen politikrelevanten Wachstumstreiber (Analyse der „Fünf Weisen“ – Sachverständigenrat)

- Unternehmensinvestitionen
  - Staatliche Investitionen
  - Humankapital
  - Steuern und Sozialabgaben
  - Staatliches Defizit
  - (Strukturelle) Arbeitslosigkeit
- } +
- } -

Quelle: SVR, 2002/2003

# Wachstumstreiber „Unternehmensinvestitionen“

- **Abschaffung der Erbschaftsteuer**
  - Reform der Bundesregierung nicht zielführend
  - Dem Beispiel anderer Länder folgen: Schweden, Luxemburg und Österreich haben bereits abgeschafft, Frankreich plant dies
  - Falls dies nicht gelingt: Ländern eine Option zur Abschaffung einräumen. Positiver Nebeneffekt: Stärkung des Wettbewerbsföderalismus
- **Abschaffung des Solidaritätszuschlags (im Rahmen einer ESt-Reform)**
- **Verzicht auf die Besteuerung von Funktionsverlagerungen**
- **Bürokratieabbau: Tempo erhöhen**

# Wachstumstreiber „Staatliche Investitionen“

- Konsolidierung der letzten Jahre ging stark zulasten der öffentlichen Investitionen (quantitativ, aber nicht qualitativ konsolidiert)
- Öffentliche Investitionen müssen wieder ein dauerhaft höheres Gewicht bei den staatlichen Ausgaben bekommen
- Im kommunalen Bereich erleben wir eine Rekommunalisierung vormals privatisierter Aufgaben
- Statt sich unternehmerisch zu betätigen, sollten die Kommunen sich stärker auf den Ausbau der Verkehrs- und Betreuungsinfrastruktur konzentrieren

# Wachstumstreiber „Humankapital“

- **Frühkindliche und schulische Bildung:**  
Bildungsauftrag der frühkindlichen Bildung stärken, Ganztagschulen ausbauen
- **Berufsbildung:**  
Nettokosten für Ausbildungsbetriebe verringern, Fremdsprachenkompetenz und Umgang mit neuen Technologien stärken
- **Akademische Bildung:**  
Hochschulautonomie ausbauen und private Finanzierungsanteile sozialverträglich erweitern, Studierende durch die Hochschulen auswählen lassen
- **Weiterbildung:**  
berufliche und akademische Bildung durchlässiger gestalten, Anreize zu Weiterbildungsinvestitionen stärken

# Wachstumstreiber „ Steuern und Sozialabgaben“

- Einkommensteuer reformieren und Sozialabgaben senken
- Soziale Pflegeversicherung: Nachhaltige Finanzreform durch Einführung von Kapitaldeckung und Entkoppelung der Finanzierung vom Arbeitsverhältnis
- Gesundheitsfonds:
  - Kurzfristig: Das Schlimmste verhindern
  - Mittelfristig: Entkoppelung der Finanzierung vom Arbeitsverhältnis

# Wachstumstreiber „Staatliches Defizit“

- 2009: Automatische Stabilisatoren wirken lassen (Defizite steigen)
- Aufgabe der Haushaltskonsolidierung ist nicht abgeschlossen (strukturelle Defizite)
- Deshalb gibt es keinen Grund, die Sparanstrengungen zu verringern
- Wirksame Schuldenbremse
- Die Konsolidierung darf nicht über Steuererhöhungen erfolgen, sondern sollte auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte ansetzen

# Wachstumstreiber „(Strukturelle) Arbeitslosigkeit“

- Einkommensteuer reformieren und Sozialabgaben senken
- Zuwanderung erleichtern
  - Fachkräftemangel könnte zum Bottle-neck für das Wirtschaftswachstum werden
  - Absenkung der Mindestverdienstgrenze auf die Hälfte
  - Zustimmungsvorbehalt der Bundesagentur für Arbeit abschaffen
- Falsche Weichenstellungen vermeiden
  - Keine kostspieligen Arbeitsmarktprogramme
  - Keinen flächendeckenden bzw. branchenspezifischen Mindestlöhne

Konjunkturpakete der Bundesregierung in Mrd. Euro	2009	2010
<b>Entlastungspaket (Oktober 2008), u. a.:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Höheres Kindergeld, Kinderfreibetrag, Schulstarterpaket</li> <li>■ Absetzbarkeit von Vorsorgeaufwendungen</li> </ul>	2.280	10.110
<b>„Konjunkturpaket I“ (November 2008), u. a.:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ (Wieder-)Einführung der degressiven Afa (2 Jahre), Kfz-Steuererlass, höhere Absetzbarkeit von Handwerksleistungen</li> <li>■ Vorgezogene Bundesinvestitionen</li> </ul>	3.555	6.730
<b>Konjunkturpaket II (Januar 2009), u. a.:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Niedrigere Beiträge zu ALV und GKV</li> <li>■ Höherer Grundfreibetrag, niedrigerer Eingangssatz, Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte</li> <li>■ Kinderbonus, Abwrackprämie, höheres ALG II für Kinder</li> <li>■ Kommunales Investitionsprogramm, Bundesinvestitionen</li> <li>■ Qualifizierung, Kurzarbeit, Übernahme der SV-Beiträge</li> </ul>	27.238	21.963
<b>Summe</b>	<b>33.118</b>	<b>38.803</b>

„Es ist nicht die Aufgabe des Staates, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen. Auch paßt es nicht in das Bild einer auf unternehmerischer Freizügigkeit beruhenden Wirtschaft, wenn sich der Staat selbst als Unternehmer betätigt.“

Ludwig Erhard

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**